

Per Guckloch zum Striptease

Versteckte Kameras sind eine gefährliche Waffe. Von Rainer Stadler

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte neigt dazu, medienfreundliche Entscheide zu fällen. Darum überrascht es nicht, dass er am Dienstag den Einsatz einer versteckten Kamera durch den «Kassensturz» für rechtmässig befand und damit dem Bundesgericht widersprach. Dieses hatte damals in der Tat restriktiv geurteilt. Die «Kassensturz»-Redaktion war nämlich vorsichtig geblieben, indem sie das Gesicht und die Stimme des von der verdeckten Operation betroffenen Versicherungsvertreters unkenntlich gemacht hatte. Damit blieb er vor den Augen der grossen Öffentlichkeit geschützt, und die Redaktion konnte dennoch Fragwürdigkeiten in Beratungsgesprächen zum Thema machen. Inwieweit der Betroffene für seinen Bekanntenkreis trotzdem erkennbar wurde, bleibt eine offene, schwer abzuwägende Frage.

Die Strassburger Richter beurteilten bloss einen Einzelfall. Die versteckte Kamera als journalistische Methode stand nicht zur Diskussion; sie darf unter gewissen Voraussetzungen zum Einsatz gelangen. Das Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs erweitert indes den Spielraum. Wer die Medienfreiheit hochhält, hat dennoch keinen Grund zum Triumphieren. Der Schutz der Privatsphäre gehört ebenso zu einer freiheitlich ausgerichteten Gesellschaftsordnung wie die Medienfreiheit. Welches Gut überwiegt, ist von Fall zu Fall zu klären.

Angesichts des Trends zum multimedialen Guckloch-Journalismus wird die Nachfrage nach verdeckten Operationen wachsen. Produkte auf der Basis solcher Methoden schaffen auf einem wettbewerbsintensiven Markt Exklusivität und damit Verwertungsmöglichkeiten. Versteckte Kameras sind bereits jetzt Teil von Geschäftsmodellen. Wer ins Visier gerät, dem droht im grellen Licht einer empörten Öffentlichkeit die Vernichtung seiner beruflichen Existenz, noch bevor die jeweiligen Sachverhalte seriös abgeklärt sind. Journalistische Kritik und Vorwürfe sind manchmal besser zu belegen, wenn man auf Ton- und Bildaufnahmen rekurrieren kann. Doch sollte man nicht naiv sein. Versteckte Kameras vermögen auch Scheinwahrheiten zu schaffen. Die jeweiligen Szenen vermitteln vielleicht den Eindruck unbestreitbarer Tatsachen; das schliesst jedoch nicht aus, dass das Umfeld und das Arrangement, auf dem die Aufnahmen beruhen, manipulativ waren. In diesem Sinne sollte gerade ein öffentlicher Sender wie die SRG versteckte Kameras zurückhaltend verwenden.

Der libysche Albtraum

Der Westen ist mitschuldig, dass der Islamische Staat in Libyen Fuss fassen konnte. Schon deswegen darf das Land jetzt nicht sich selbst überlassen werden. Von Daniel Steinvorth

Brauchte es wirklich erst ein neues Propagandavideo des Islamischen Staates (IS), um die Welt auf den mörderischen Libyen-Konflikt aufmerksam zu machen? Warum blieben die Berichte von Amnesty International und anderer Menschenrechtsorganisationen weitgehend wirkungslos, die seit langem über amoklaufende Milizionäre und wahllos hinggerichtete Zivilisten, über Entführungen, Folter und Brandschatzung berichten? Erst kürzlich bilanzierte das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte in Genf, dass der Bürgerkrieg in Libyen rund 400 000 Personen zu Binnenflüchtlingen gemacht habe. Auch über die Lage der afrikanischen Flüchtlinge, von denen Tausende in Lagern festsitzen, viele sexuell missbraucht und als Arbeitsklaven eingesetzt werden, wurde informiert. Über Aufrufe zur Mässigung hinaus war jedoch lange nichts aus Washington und Brüssel zu hören. Das jüngste Mord-Video des IS – die Enthauptung von 21 entführten ägyptischen Christen – hingegen löste gleich eine Kette von Reaktionen aus. Neben den ägyptischen Luftangriffen und der Diskussion über eine erneute Militärintervention wird auch den von der Uno vermittelten Friedensgesprächen wieder mehr Gehör geschenkt. Den Jihadisten sei Dank.

Die Radikalen erkannten ihre Chancen

Natürlich war, wer lange schwieg, peinlich berührt von den Fehlern der eigenen Libyen-Politik. Der Nato-Einsatz von 2011 galt ja zunächst als Erfolg. Der britische Premierminister David Cameron und Frankreichs damaliger Präsident Nicolas Sarkozy durften sich bei ihrem Besuch in der befreiten Stadt Benghasi als Helden fühlen. Doch nachdem das Volk seinen Despoten abgeschüttelt hatte, hakete der Westen, der die Probleme im Land für überschaubar hielt, Libyen schnell wieder ab. Übersehen wurde dabei die Sprengkraft des Anti-Ghadhafi-Bündnisses, das nicht nur aus Demokraten und moderateren Islamisten, sondern eben auch aus Jihadisten, Warlords und gewöhnlichen Kriminellen bestand. Zu oft wurden ihre Menschenrechtsverletzungen ausgeblendet, ihr Widerstand idealisiert. Die vom Westen protegierten Misrata-Milizen etwa hatten nicht nur gegen die Regierung gekämpft, sondern sich auch an Lynchmorden an Schwarzen beteiligt. Nach der «Revolution» versuchte die Übergangsregierung, die Milizen ruhig-

zustellen, indem sie ihnen astronomische Gehälter zahlte; schlagartig vervielfachte sich daraufhin die Zahl der Kämpfer. Jeder Stamm und jeder Clan verliess sich fortan lieber auf die Miliz seiner Wahl als auf Gesetze und Parlamente.

Ein Land wie Libyen konnte nicht bombardiert und dann sich selbst überlassen werden – aus falsch verstandenem Werterelativismus vielleicht sogar, weil man den Tribalismus für die «natürliche» Gesellschaftsform der Leute hielt. Zum heutigen Staatskollaps und zum Erstarken terroristischer Gruppen trug insofern auch das Ausland bei. Die Radikalen erkannten früh ihre Chancen in dem riesigen Land mit seinen porösen Grenzen, den Umengen von Waffen aus Ghadhafis geplünderten Depots und einem hohen Anteil arbeitsloser junger Männer. Nach dem Irak und Syrien sollen die meisten Anhänger des IS mittlerweile in Libyen leben, und sie sind nur eine unter mehreren Fraktionen, die an den Küstenabschnitten ein jihadistisches Disneyland errichtet haben.

Auch ein Krieg der Regionalmächte

Es ist nachvollziehbar, dass zurzeit vor allem Ägypten eine neue Intervention fordert und sich einige Mittelmeeranrainer dafür offen zeigen. Der Schock über die ermordeten Geiseln sass tief in Kairo, die Angst vor einsickernden Extremisten aus dem Nachbarland ist ebenso begründet. Auch ein Land wie Italien sieht den Machtbereich des IS plötzlich auf einige hundert Kilometer näher gerückt. Doch wäre ein Militäreinsatz, wie er Ägypten vorschwebt, unter den gegenwärtigen Bedingungen unkalkulierbar. Libyen ist heute tiefer gespalten denn je: Es gibt zwei Regierungen, die sich politisch und militärisch bekriegen und dabei von Regionalmächten wie Ägypten, Saudiarabien oder der Türkei zusätzlich unterstützt werden. Eine militärische Intervention würde diesen Konflikt entscheidend verschärfen: Unter dem Vorwand, den IS zu bekämpfen, könnte zum Beispiel auch die Gegenregierung von Tripolis angegriffen werden. Eine nationale Einheit, wie sie bis vor kurzem in Genf erörtert wurde, bleibt daher die Grundvoraussetzung, um das Land zu befrieden. Auf diesem – äusserst mühsamen – Weg muss der Westen helfen. Und erst im Anschluss ergeben alle Möglichkeiten Sinn, Libyen auch militärisch beizustehen.

Favoriten und Sekundanten

Die Zürcher Ständeratswahlen werfen lange Schatten voraus. Von Thomas Ribi

Gewählt wird erst im Herbst. Trotzdem geben im Kanton Zürich die Ständeratswahlen zurzeit mehr zu reden als die kantonalen Wahlen – obwohl diese schon in rund sieben Wochen stattfinden und der Wahlkampf in vollem Gang ist. Das mag verwundern, ist aber nicht ganz unverständlich. Denn die Ausgangslage für den Kampf ums «Stöckli» ist diesmal besonders pikant: Einmal mehr versucht die SP, ihren vor mehr als dreissig Jahren verlorenen Sitz in der kleinen Kammer zurückzuerobieren. Allerdings stehen ihre Chancen diesmal deutlich besser als in früheren Jahren, obwohl die FDP mit Nationalrat Ruedi Noser antritt – einem erfahrenen, klar liberal positionierten Politiker ohne Scheuklappen, der engagiert und oft eigenwillig politisiert, um pointierte Voten nie verlegen ist und gute Chancen hat, den freisinnigen Sitz zu halten.

Doch auch die SP hat einen Joker: Mit Nationalrat Daniel Jositsch schiebt sie einen profilierten Politiker ins Rennen, der über die eigene Parteibasis hinaus punkten kann und bis ins bürgerliche Lager Sympathien geniesst. Auf linker Seite macht ihm niemand Konkurrenz. Die Grünen müssen in den eigenen Reihen Ordnung schaffen. An Aspiranten für eine Kandidatur fehlt es ihnen nicht – die Zürcher Gemeinderätin Katharina Prelicz-Huber will, Nationalrat Balthasar Glättli will, und Nationalrat Bastien Girod will zumindest ein bisschen. Doch echte Wahlchancen dürfte keiner von ihnen haben. Auch von den Mitteparteien droht keine akute Gefahr. Der Grünliberale Martin Bäumle ist ein politischer Routinier mit Biss, doch dass er Verena Dieners Sitz halten kann, ist wenig wahrscheinlich. Die CVP dürfte mit Nationalrätin Barbara Schmid-Federer die einzige Frauenkandidatur im Männerreigen lancieren, aber das dient primär der eigenen Profilierung.

Auch die SVP kann nichts daran ändern, dass die Rollenverteilung für den Wahlkampf im Herbst bereits feststeht. Die Favoriten sind klar: Im Rampenlicht kämpfen Ruedi Noser und Daniel Jositsch, sekundiert von Nebendarstellern. Mit Kantonsrat Hans-Ueli Vogt schiebt die SVP zwar einen klugen Vertreter ihrer neuen, intellektuellen Generation vor, dem ein guter Wahlkampf zuzutrauen ist. Allerdings könnte sich die von ihm geprägte SVP-Initiative «Landesrecht vor Völkerrecht» als Bumerang erweisen. Zum ersten Mal vielleicht schon dann, wenn es gilt, eine bürgerliche Allianz zu schmieden.

GASTKOMMENTAR

Wachstum, Swiss made

Will die Schweiz auch zukünftig zu den erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt gehören, müssen viele traditionelle Wirtschaftsvertreter ihr veraltetes Wachstumsparadigma aufgeben. Es braucht Offenheit – gegenüber dem Ausland wie auch in der Regulierungsdiskussion. Von Nick Beglinger und Petra Huth

In der Schweiz trifft die Globalisierung auf direkte Demokratie. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen werden an der Urne regelmässig infrage gestellt. Manche dieser Entwicklungen versprechen mehr Lebensqualität, andere stellen das Wirtschaftssystem infrage und verbreiten Unsicherheit. Die Wirtschaft ist aber auf das Vertrauen des Volkes angewiesen – meistens zeigt sich dieses auch loyal. Die Masseneinwanderungsinitiative zeigt jedoch, womit zu rechnen ist, wenn das Vertrauen des Bürgers in die Wirtschaft fehlt.

Liberal und nachhaltig

Die Risse im Vertrauensverhältnis können als Folge einer Entwicklung gesehen werden, in der Liberalismus gegen den Fortschritt gewendet wird. Ist es liberal, mit den Argumenten «Subventions-» oder «Staatswirtschaft» regulatorische Innovation in Richtung einer erneuerbaren, dezentralen und marktwirtschaftlichen Energieversorgung zu bekämpfen? Gleichzeitig jedoch Subventionen für Kernkraftwerke oder einen «Strommarkt», der zu 80 Prozent von Staatsbetrieben beherrscht wird, auszublenden?

Zeitgemässe Klima-, Energie-, Ressourcen- oder Raumplanungspolitik basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Diese zeigen denn auch einen Handlungsbedarf in Richtung Nachhaltigkeit auf. Es sind Themen jenseits der Links-Rechts-Achse. Über die Lebensqualität, Chancen und Risiken der kommenden Generationen will

eine Mehrheit heute nicht mehr verhandeln. Einige «Liberaler» meinen, die Mitte sei nach links gerückt. Tatsächlich hat das Bedürfnis nach nachhaltiger Entwicklung die Mitte der Gesellschaft erreicht. Für weitsichtige Wirtschaftsvertreter geht es deshalb nicht mehr darum, «ob», sondern «wie» eine nachhaltige Entwicklung wirtschaftsfreundlich umgesetzt werden kann. Statt liberaler Floskeln und Rückweisungsanträgen braucht es Offenheit und Engagement.

Die Wirtschaft produziert als Teil der Gesellschaft, sie produziert nicht zum Selbstzweck. Wirtschaftsvertreter müssen die Wachstumsdiskussion aktiv führen. Kampagnen zu führen, die rein quantitatives Wachstum als wünschenswert darstellen, greift denn auch zu kurz. Einem so vereinfachten Liberalismus stimmt der «Wirtschaftsbürger» in Zukunft nicht mehr zu.

Das neue Paradigma heisst qualitatives Wachstum. Es steht für Wirtschaftsleistung ohne negative Einflüsse auf Ökologie und Gesellschaft. Forschung, Bildung und Innovation, gesteigerte Ressourceneffizienz, ein geringerer Bedarf an natürlicher Fläche, ein verringerter Ausstoss an Schadstoffen, mehr Biodiversität, bessere Chancenverteilung, mehr Stabilität und Lebensqualität sind die neuen Gradmesser.

Und eine solche Entwicklung lohnt sich auch finanziell. Der New Climate Economy Report der Uno hält gemeinsam mit den CEO von Firmen wie Unilever oder Swiss Re fest: Die Vorstellung, dass wir uns zwischen einer sauberen Umwelt und einer gesunden Wirtschaft entscheiden müssen, ist ein

«falsches Dilemma». Berücksichtigt man alle Faktoren, zahlt sich Nachhaltigkeit aus.

Die Rolle des Staates lässt sich, besonders in komplexem Umfeld, nicht auf die Formel «zu wenig liberal» reduzieren. Gefordert ist ein Liberalismusverständnis, das an die Schweizer Tradition eines republikanisch-genossenschaftlichen Liberalismus anknüpft. Leitlinie ist dabei weniger die Freiheit vom Staat als die Freiheit für gesellschaftliche Mitgestaltung. Ein funktionierender Staat ist nicht der Gegenspieler der Marktwirtschaft, sondern ihr Garant. Als Vertreter der Gesellschaft muss er das langfristige Wohlergehen der Volkswirtschaft sichern. Der Staat berechnet, was aus volkswirtschaftlichem Gesamtinteresse für eine generationengerechte Vollkostenrechnung einbezogen werden muss – etwa das CO₂.

Das sollte in Form von griffigen, aber schlanken – also wirtschaftsfreundlichen – Rahmenbedingungen geschehen. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen wird dabei klar dem Wettbewerb überlassen, Planung und Koordination erfolgen über Preise. Aber es ist keine diffuse «Sharing Economy» der Freiwilligkeit, sondern der Staat, der gewährleistet, dass externe Effekte auf Umwelt und Gesellschaft als wahre Kosten in die Preise eingehen. Konsequenter umgesetzt, führt diese Nachfrageveränderung des Gesamtmarkts zu nachhaltiger Marktwirtschaft auf breiter Basis. Es ist gelebter Liberalismus mit Zukunft.

In Zeiten, in denen der starke Franken und der tiefe Ölpreis verunsichern, braucht es eine klare Richtung. Ideologische Denkverbote dürfen das

nun angezeigte Zusammenrücken der Kräfte nicht verhindern. Forderungen nach einem «Überdenken der Energiewende» wegen des starken Frankens sind mit Blick auf Innovationen und Investitionen unhaltbar.

Die Schweiz als Vorreiterin

Die Schweiz ist für die Pionierrolle prädestiniert: Beim Strukturwandel gilt sie als Sprinternation, im Umgang mit knappen Ressourcen punktet sie mit historischer Erfahrung. Die Wirtschaft verfügt bereits über enormes Wissen im obersten Segment der globalen Wertschöpfungskette. Setzt sie als Erste auf eine nachhaltige und liberale Marktwirtschaft, entstehen Innovationsvorsprünge und strukturelle Wettbewerbsvorteile, zum Beispiel im Bereich der Ressourceneffizienz. Der IMF empfiehlt die Einführung einer CO₂-Abgabe – auch im Alleingang. Denn die allermeisten Länder profitieren wirtschaftlich von einer Vorreiterstrategie in der Klimapolitik.

Wie soll sich die Schweiz weiterentwickeln, wie weiterwachsen? Indem «liberal» und «nachhaltig» zu Qualitätsmerkmalen eines neuen helvetischen Sonderfalls werden, der nicht Konsum, sondern Lebensqualität ins Zentrum stellt: CO₂-neutral, erneuerbar und effizient, eidgenössisch demokratisch und souverän, also Swiss made.

Nick Beglinger ist Präsident des Wirtschaftsverbandes Swisseclean-tech; **Petra Huth** ist Beraterin für Wirtschafts- und Sozialpolitik.